

Mai zeitung 2021

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Foto: ver.di

Das Ungleichheitsvirus Soziale Gerechtigkeit und Solidarität statt soziale Spaltung und Egoismus

„Weil du arm bist, musst du früher sterben“ lautete 1956 ein Buch- und Filmtitel, der in unserem reichen Land weiterhin gültig ist. Dass das – nicht überraschend – auch für die Auswirkungen von COVID-19 gilt, belegt eine aktuelle Studie des Robert-Koch-Instituts (RKI). Demnach lag die COVID-19-Sterblichkeit während der zweiten Welle in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung.

In unseren unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern nehmen wir vom Aktionsbündnis wahr, dass inmitten von wachsendem materiellem Reichtum in unserer Gesellschaft Armut besteht und wächst. Immer mehr Menschen sind von prekären Arbeitsverhältnissen, steigenden Mieten, fehlenden Wohnungen, Obdachlosigkeit, Kinder- und Altersarmut betroffen. Sozialleistungen und die Verantwortung für Bildung und Gemeinwohl im Sinne der Daseinsvorsorge werden abgebaut

bereits 2012 eine Studie des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammen mit dem RKI zu einer potentiellen SARS-Pandemie. Aber von den vorsorglichen Maßnahmen für den Ernstfall wurde so gut wie nichts umgesetzt. Und so kam es zu den sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf die Menschen.

Auf der einen Seite stehen die wenigen Profiteure der Corona-Pandemie. Vermögensmilliardäre und Un-

kleinunternehmer*innen, deren Einkünfte massiv wegbrachen, was durch die staatlichen Hilfen nur teilweise kompensiert wurde.

Rund 16 Milliarden Euro Wirtschaftshilfen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie bis Dezember 2020 an Unternehmen und Freiberufler ausgezahlt. Wir fordern, dass Unternehmen, die pandemiebedingte Wirtschaftshilfen erhalten, keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen dürfen. Der Kündigungsschutz ist schon deshalb wichtig, weil Unternehmen, die für ihre Mitarbeiter Kurzarbeit beantragen, schlechter gestellt sind als Betriebe, die ihre Beschäftigten entlassen. Der Grund: Das staatlich finanzierte Kurzarbeitergeld wird mit den beantragten Corona-Hilfen verrechnet.

Sozial Benachteiligte stärker betroffen

Auch die direkten individuellen gesundheitlichen Auswirkungen des SARS-Coronavirus sind von der sozialen Lage stark abhängig. Schwere Verläufe und Todesfälle treten bei sozial Benachteiligten deutlich häufiger auf. Leiharbeiter*innen im industriellen Bereich sowie in der Post- und Logistikbranche stehen zusammen mit den Altenpfleger*innen beim Infektionsrisiko an der Spitze. Nach einer Untersuchung der Barmer EK unterliegen sie einem dreifach erhöhten Risiko für eine Corona bedingte Krankenhausbehandlung.

Im Fokus der regierenden Pandemiebekämpfer steht der private und Freizeitbereich. Die dort tätigen Betriebe beklagen heftige Einbrüche, die vor allem schlecht bezahlte Beschäftigte treffen. Die Unternehmen - zu denen große Restaurant- und Hotelketten gehören - und ihre Verbände fordern höhere staatliche Entschädigungen, die Obergrenzen wurden im Januar nochmals erhöht. Davon profitieren fast nur größere

völkerungsgruppen in das öffentliche Leben beizutragen. Dazu gehört unter anderem:

- die Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum für jeden,
- die rasche Einstellung von Erzieher*innen,
- ein integratives Schulsystem, das die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen soweit wie möglich kompensiert,
- die Verbesserung der Teilhabeangebote des Rüsselsheim-Passes insbesondere durch die Einbeziehung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Dazu brauchen die Kommunen Ressourcen, um die Koordination und institutionelle Vernetzung von Schule, Jugendhilfe, Elternarbeit und freien Trägern vor Ort abzusichern und so Armutspräventionsketten aufzubauen, die Armutsrisiken reduzieren. Durch Heranziehung der Vermögenden könnten den Kommunen die Mittel zur Schaffung dieser strukturellen Voraussetzungen zur Verfügung gestellt werden. Das wäre gelebte Solidarität auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit.



Kundgebung Rüsselsheim Löwenplatz Beginn 10.30 Uhr

Es sprechen:
Bernd Schiffler, DGB-Rüsselsheim

**Robert Hottinger
GEW Kreis GG**

**N.N., ver.di-Vertrauensleute
der Stadt Rüsselsheim**



Wer für die Corona-Krise zahlen sollte:

	Vermögen vor der Corona-Pandemie*	Vermögen im Sept. 2020*	Vermögensanstieg
Beate Heister & Karl Albrecht Junior	30,7 Mrd. €	35,0 Mrd. €	+4,3 Mrd. €
Dieter Schwarz	19,2 Mrd. €	30,3 Mrd. €	+11,1 Mrd. €
Susanne Klatten	17,9 Mrd. €	20,6 Mrd. €	+2,7 Mrd. €
Theo Albrecht Junior und Familie	14,8 Mrd. €	18,1 Mrd. €	+3,3 Mrd. €
Reinhold Würth und Familie	9,5 Mrd. €	16,9 Mrd. €	+7,4 Mrd. €
Dietmar Hopp und Familie	11,4 Mrd. €	15,7 Mrd. €	+4,3 Mrd. €
Stefan Quandt	14,9 Mrd. €	15,4 Mrd. €	+0,5 Mrd. €
Hasso Plattner und Familie	11,5 Mrd. €	15,0 Mrd. €	+3,5 Mrd. €

www.peril.de

*Quelle: Forbes

und privatisiert. Damit sinken die Teilhabechancen und steigen die Gesundheitsrisiken von Menschen, die in Armut und Benachteiligung leben, eklatant.

Leidtragende und Profiteure

Eine weitere Verschärfung bewirkte nun die SARS-Corona-Pandemie. Deutschland war denkbar schlecht darauf vorbereitet. Es gab zwar

Unternehmen, die ihre Gewinne erheblich steigern konnten. Die Börse jubelt. Auf der anderen Seite stehen die Vielen, zum Beispiel mehr als eine halbe Million Menschen, die im letzten Jahr arbeitslos wurden. Und das waren in erster Linie Mini-Jobber*innen, und Leiharbeiter*innen. Also Menschen, bei denen sowieso schon am Ende des Monats kein Geld übrig war. Dazu kommen Solo-Selbständige, Künstler*innen,

Wut kommt auf

Kolleginnen und Kollegen der Stadt Rüsselsheim befinden sich nicht in Kurzarbeit; wir haben unser volles Gehalt – ein Zustand, den viele Arbeitnehmer*innen derzeit nicht haben. Und dennoch kommt bei uns Wut auf:

- Erzieher*innen mussten nach Hygienekonzepten arbeiten, die bei dem aktuellen Personal-mangel gar nicht einzuhalten waren. Die Eltern wurden mit der Entscheidung alleine gelassen, ob sie ihr Kind in die Kita bringen oder nicht. Erst nach einer öffentlichen ver.di-Protestaktion vor der Stadtverordnetenversammlung und der virusbedingten Schließung der dritten Kita veranlasste der Arbeitgeber die Anpassung der Öffnungszeiten an das vorhandene Personal.
- In der Verwaltung wurde erst nach langem Hin und Her Homeoffice halbherzig angeboten: z.B. sollen sich drei Kolleginnen einen Lap-



top teilen; vor der Kommunalwahl mussten Laptops wieder abgegeben werden, danach konnten die Beschäftigten sich die Laptops wieder abholen; die mangelnde Kommunikation, wer im Homeoffice ist oder z.B. Urlaub hat, erschwert Arbeitsabläufe. Anscheinend gibt es für Vorgesetzte besondere Homeoffice-Konditionen: manche Vorgesetzte hat man schon lange nicht mehr gesehen. Auch das sorgt für gewaltigen Unmut.

- Freiwillige Tests im Betrieb sind noch bis Ende März Fehlanzeige, obwohl auch in der Verwaltung Kontakte nicht gänzlich vermieden werden können. Die freiwilligen Tests für Erzieher*innen gelten als Privatvergnügen.

So ignoriert der Arbeitgeber Stadt Rüsselsheim die dringenden Appelle der Bundesregierung an die Betriebe, Homeoffice anzubieten und Tests durchzuführen. Vielmehr wird abgewartet, welche Anordnungen

zwingend sind - alles andere verpufft im Nirvana. Gesundheitsschutz wird damit der Beliebigkeit ausgesetzt: Verantwortung tragen immer die anderen (Bundesregierung, Landesregierung, Kreis Groß-Gerau, Beschäftigte, Eltern oder das Virus selbst), aber niemals der Arbeitgeber Stadt Rüsselsheim. Damit macht es sich unser Arbeitgeber leicht auf Kosten unserer Gesundheit. Hatten wir noch während des ersten Lockdowns Verständnis, ist unser Verständnis nach einem Jahr Pandemie am Nullpunkt angelangt.

Wir fordern von unserem Arbeitgeber, seiner Fürsorgepflicht nachzukommen und alles zu unternehmen, was unsere Gesundheit schützt, damit wir in größtmöglicher Sicherheit unsere Dienstleistungen anbieten und aufrechterhalten können. Nach monatelangen betriebsinternen Auseinandersetzungen ist unsere Geduld am Ende.

Michaela Stasche
Sprecherin der ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim



2020 in den Kitas Von der Systemrelevanz zur Ignoranz

Alles kam anders in diesem Jahr. Alles was wir für selbstverständlich hielten, wurde in diesem Jahr in Frage gestellt. Alles was wir geplant hatten, wurde über den Haufen geworfen und durcheinander gewirbelt.

Eines aber blieb konstant: die Flexibilität und Dauereinsatzbereitschaft von den Erzieherinnen und Erziehern in unseren Kindertagesstätten.

Kitas geschlossen, eingeschränkt geöffnet, ganz auf, teilweise wieder geschlossen..., offenes Konzept - geschlossenes Konzept - Konzept egal wegen Personalmangel.... Zusätzlich zu dem ohnehin hohen Fachkräftemangel und der einzigen Lösung Risikogruppen von der Anwesenheitspräsenz zu befreien, kamen Personalausfälle durch die „normale“ Erkältungswelle, Quarantäne und leider vermehrt auch Corona Erkrankungen hinzu.

Große Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Hygienekonzepten durch zu wenig Personal und die damit oftmals verbundene Angst vor Ansteckung bringen viele an die Belastungsgrenze. Auch der eigene Anspruch an die Qualität der Arbeit und die kaum mehr vorhandene Pädagogik setzt vielen sehr zu. Jeder Tag wird somit zum Kraftakt.

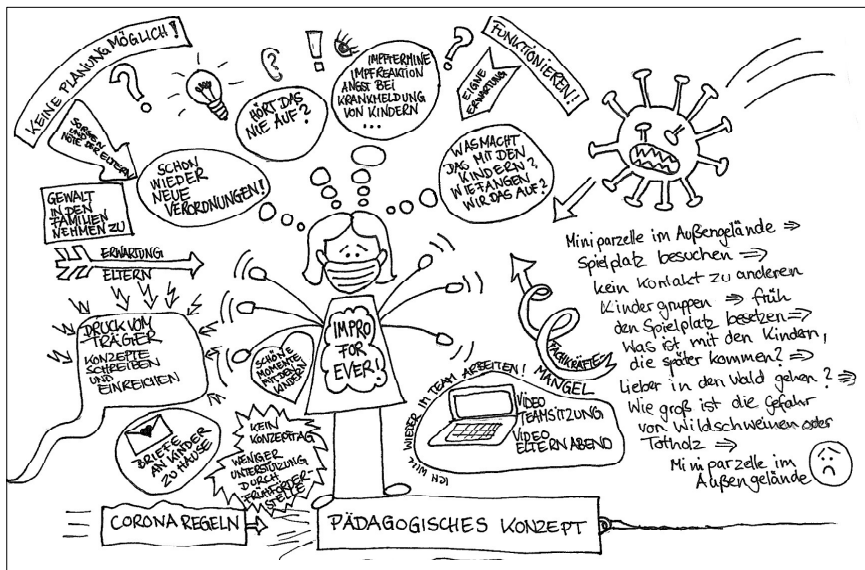
Allerdings gab es anfangs auch positive Effekte: Erzieherinnen und Erzieher wurden relativ schnell als „systemrelevant“ erkannt. Berufs-

gruppen in der Daseinsfürsorge wurden als Schlüsselfunktionen wahrgenommen.

Doch nach fast einem Jahr Pandemie und großem Druck der Wirtschaft auf die Eltern, ist das ganz schnell in Vergessenheit geraten: Die Coronafälle unter Kindern, aber auch Kolleginnen und Kollegen steigen rasant, fast täglich hört man von geschlossenen Gruppen oder ganzen Einrichtungen. Die AOK gibt eine Studie heraus, nach der Erzieher*innen die am meisten von COVID 19 betroffene Berufsgruppe mit sind. Zu Recht fühlen sich Erzieherinnen und Erzieher vollkommen Ignoriert! Es wird Zeit, die Politik endlich aufzurütteln. Die wichtige Rolle, die Erzieherinnen und Erzieher in diesem besonderen Jahr (wie auch sonst immer) übernommen haben, darf nicht in Vergessenheit geraten. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht vor Gesundheitsschutz stehen, heißt:

- Effektive Pandemiebekämpfung kann nur mit geschlossenen Kitas funktionieren!
- Systemrelevante Berufe müssen **jetzt** aufgewertet werden und endlich die Anerkennung erhalten die sie verdient haben,
- mehr Geld für Erzieherinnen und Erzieher!

ver.di-Vertrauensleute aus den Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim am Main



Quo vadis ErzieherIn in Pandemie Zeiten? Improvisation forever?



Gerade hatten wir uns eingelebt in den wieder für alle geöffneten Kitas. Wenn auch mit teils deutlich reduzierten Öffnungszeiten und

- streng getrennten Gruppen,
- streng abgesteckten Parzellen im Außengelände

(Glück, wer das Stück mit der Schaukel abbekommen hat oder dass das richtige Wetter für die Matschcke ist),

- eingeteilte Kabinen im Kinderbadezimmer mit eigenem Seifenspendner und zugeteilter Handtuchrolle,
- zugeteiltem Ausgang beim Abholen mit eigenem Wartebereich für die Eltern.

Immer mit Abstand. In der Gestaltung des Alltags wurde das pädagogische Konzept vom Hygieneplan abgelöst! Dazwischen das Leben mit den Kindern. Es gibt schöne Momente. Wir freuen uns, dass alle kommen dürfen und sehen auch die dringende Notwendigkeit, dass das eigentlich so bleiben müsste.

Wir sehen die Not und die Erschöpfung der Eltern.

Wir sehen, dass nicht alle Kinder die Situation so wegstecken, wie man gerne glauben möchte. Doch wir sehen auch die Angst unserer Kolleginnen und Kollegen vor dieser Erkrankung, die eine Überraschungstüte bleibt! Wir empfinden die Unzufriedenheit über das eingeschränkte Arbeiten, das immer mehr zur Beaufsichtigung degradiert wird. Der Corona-Ordner wird immer dicker. Was wird eigentlich aus dem Portfolio-Ordner der Kinder?

Glücklich, wer neben der direkten Kinder- auch Planungszeiten hat. So haben wir uns unsere Arbeit nicht vorgestellt. Unser Träger anscheinend auch nicht – oder woher kommt die Idee, uns noch ganz nebenbei um die Einreichung schriftlicher Konzepte z.B. für die Arbeit mit den Vorschulkindern oder neu eröffneten Gruppen zu bitten? Im gleichen Atemzug streicht er uns die Konzeptionstage, da man diese den Eltern nicht zumuten möchte.

Unsere Teams drohen auseinander zu brechen. Die Kommunikation auf Abstand ist extrem erschwert – mit allen Beteiligten.

Und jetzt?

Wieder ein Schritt zurück: nach Ostern bleiben die Kitas wieder „geschlossen“. Wem Einlass gewährt wird, ist wieder mal nicht ganz klar. Aber wir werden wieder das tun, was wir einfach gut können: improvisieren!

Morgen gehen wir erstmal auf Eier-suche, essen selbst gezogene Kresse und zaubern einen schönen Tag.

ver.di Erzieherinnen aus den Rüsselsheimer Kitas

Kontakt/Ansprechpartner*innen:

Michaela Stasche (ver.di)
06142-832333

Bernd Heyl (GEW) 06152-1877471

Hans-Peter Greiner (KAB)
06142-46798

Ingrid Reidt (Kath. Betriebs-seelsorge) 06142-64104

Treffpunkt/Postadresse:

Haus der Kath. Betriebsseelsorge
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Fachkräftemangel hausgemacht

Im Sozial- und Erziehungsdienst gibt es seit Jahren einen immensen Fachkräftemangel. Um die umfassenden Aufgabenbereiche im Sozial- und Erziehungsdienst abdecken zu können, brauchen wir qualifizierte Fachkräfte. Aber der Arbeitsmarkt ist leergefegt. Allein in den Kindertagesstätten der Stadt Rüsselsheim sind aktuell ca. 40 Vollzeitstellen unbesetzt. Durch den demografischen Wandel und das Wachstum der Stadt Rüsselsheim am Main ist vorhersehbar, dass in den nächsten Jahren viele weitere gut ausgebildete Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen benötigt werden. Wer also seinen Bedarf abdecken und Qualität will, muss sich rechtzeitig selbst darum kümmern! In der Theorie ist die Stadt Rüsselsheim auch auf dem richtigen Weg. Es wurden 8 weitere Plätze zur staatlichen Anerkennung für Sozialarbeiter*innen geschaffen. Die Plätze zur staatlichen Anerkennung für Erzieher*innen werden dynamisch an die Anzahl der Kindertagesstätten angepasst. Außerdem bietet Rüsselsheim eine neue (endlich bezahlte) praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen an. Hierfür wurden 20 Plätze geschaffen. Damit ist es für

unsere Arbeitgeber aber auch erledigt. Denn, in der Praxis sieht das Ganze nämlich so aus:

- Von 12 zur Verfügung stehenden Plätzen zur staatlichen Anerkennung für Sozialarbeiter*innen sind aktuell nur 4 besetzt,
- von 54 Plätzen zur Ausbildung für Erzieher*innen sind aktuell nur 22 besetzt.

Und trotzdem bewirbt unser Arbeitgeber nicht aktiv diese Plätze, sondern erwartet Eigeninitiative.

Nochmal: Der Arbeitsmarkt ist leergefegt! Wer als Arbeitgeber ernsthaft daran interessiert ist den Personalbedarf zu decken und wer den Ausbau und die Qualität der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst aufrecht erhalten will, der muss ausbilden!

Wir fordern die Rüsselsheimer Kommunalpolitik auf, sofort alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um alle zur Verfügung stehenden und dringend benötigten Plätze zur Ausbildung im Sozial- und Erziehungsdienst zu besetzen.

ver.di Jugend der Stadt Rüsselsheim

Verrohung

ein dunkler Schatten von Corona in der Arbeitswelt



Die nicht endende Pandemie lastet existenziell auf den Schultern der Menschen – im privaten Leben, aber auch mit Blick auf die Erwerbsarbeit als Lebensgrundlage und soziales Umfeld. Drohende Arbeitslosigkeit und überbordende Restrukturierungsmaßnahmen sind in nahezu allen Branchen an der Tagesordnung. Ebenso wie verschärfte prekäre Arbeit, Vielfachbelastung durch Homeoffice und Homeschooling, Höchstbelastung der Beschäftigten im Lebensmittelhandel, ganz zu schweigen von denen, die in den systemrelevanten Berufen, in medizinisch-pflegerischen Berufen, in Kliniken, auf Intensivstationen oder in Altenpflegeeinrichtungen arbeiten. Der Flughafen als größter Arbeitgeber steht Corona bedingt fast still, die Folgen sind auch für Zulieferer schon jetzt zu spüren. Zigttausende Beschäftigte sind seit Monaten in Kurzarbeit mit ungewissem Ausgang, Leiharbeiter*innen und Minijobber*innen die großen Verlierer*innen. Der Personalabbau langjährig

Beschäftigter etwa bei IBM in Kelsterbach reihet sich ein in die Kette vieler anderer, wie etwa bei Segula. Knapp 100 Beschäftigte haben dort jüngst ihren Job verloren. Kurz: Es wird mächtig geholt, Corona bedingt, aber auch, um Kosten zu minimieren, derer man sich schon vorher versuchte zu entledigen. Vieles geht mit massiven persönlichen Verletzungen und Enttäuschungen einher. Die Nerven liegen blank. Überall. Als Betriebsseelsorgerin in Südhessen erlebe ich tagtäglich in Gesprächen mit Beschäftigten, Betriebsräten und Akteur*innen der Arbeitswelt, in welchen Dimensionen Menschen betroffen sind. Was mir vor allem große Sorgen macht: Mit der Krise geraten hart erkämpfte Sozialstandards und demokratische Regelwerke ins Schwanken. Der Tonfall in Gesellschaft, Politik und Arbeitswelt wird rauer, tabuloser und reicht bis dahin, dass gar nicht mehr gesprochen wird. Der Trend zur Verrohung verschärft sich auch im inner-

betrieblichen menschlichen Umgang. Fronten verhärten sich. Die existentielle Angst ent solidarisiert. Es fallen Formen des Anstands. Zu spüren bekommen das in vielerlei Hinsicht etwa die Beschäftigten im Handel. Sie sind im Lebensmittelhandel nicht nur permanent dem Risiko der Ansteckung ausgesetzt, sondern auch den Unverschämtheiten mancher Kundschaft. Und hinter den Kulissen spielen sich harte Kämpfe um Mitbestimmung ab.

Solidarität und Achtsamkeit sind das Gebot der Stunde

Was es daher mehr denn je braucht: Solidarität und Achtsamkeit, brancen- und gewerkschaftsübergreifend! Der Blick über den eigenen Teller ist dabei ebenso wichtig wie ein neues Maß an Empathie und Respekt. Unersetzlich sind Räume der Begegnung, um gemeinsam die Stimme für Gerechtigkeit und Demokratie und die Interessen der Benachteiligten zu erheben. Das Haus der Betriebsseelsorge in der Weisenauer Straße bietet einen solchen Ort – analog, aber auch digital!

Ingrid Reidt, Betriebsseelsorgerin Südhessen

Grundrente

Weg aus der Altersarmut?

Im Koalitionsvertrag vereinbart, mehrfach gescheitert, gibt es sie seit 01.01.2021 – die Grundrente. Als „Grundrentenzuschlag“ erhalten sie Menschen, die lange gearbeitet haben und trotzdem auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen sind. Aber die Hürden sind hoch. Man muss mindestens 33 Jahre an „Grundrentenzeiten“ aufweisen. So mancher langzeitarbeitslose Mensch wird diese Frist nicht erreichen. Vor allem Frauen, die lange nur in nicht versicherungspflichtigen Minijobs

gearbeitet haben, fallen durchs Raster. Diejenigen Renten, die die Bedingungen erfüllen, können mit einem durchschnittlichen Zuschlag von 75 im Monat rechnen – bis zu einem Höchstbetrag von 418 €. Aber nur dann, wenn kein zusätzliches Einkommen vorliegt, das angerechnet wird. Dazu findet – erstmalig – ein Datenabgleich zwischen der Deutschen Rentenversicherung und den Finanzämtern statt.



mit einer geringen Rente in die Ruhestand gehen, sollten auf jeden Fall einen Antrag auf Grundrente stellen. So profitieren sie immerhin von erhöhten Freibeträgen.

Mindestlohn und Sockelrente

Die Einführung der „Grundrente“ ist als erster Schritt zur Minderung von Altersarmut zu begrüßen. Aber sie ist letzten Endes nur eine staatliche Subvention für niedrige Löhne während des Arbeitslebens, ebenso wie die aufstockenden Leistungen für die Bezieher*innen von „Hartz 4“. Es bleibt dabei, dass nur auskömmliche Löhne eine gesicherte Existenz auch im Alter garantieren. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung verlangt deshalb die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf aktuell 14,09 €. Daneben bleibt die Forderung nach einer garantierten Sockelrente, die Menschen im Alter eine Existenz unabhängig von staatlichen Fürsorgeleistungen erlaubt.

Hans-Peter Greiner
Katholische Arbeitnehmerbewegung
Rüsselsheim



Sind alle Hürden genommen, können die Rentner*innen erst einmal ... nichts tun. Der Grundrentenzuschlag wird von Amts wegen berechnet. Erste (Nach-)Zahlungen beginnen im Sommer 2021, „abgearbeitet“ sollen alle Berechtigten bis Ende 2022 sein. Menschen, die aktuell

Corona und (Kinder)armut



In Deutschland leben im Landesdurchschnitt mehr als ein Fünftel aller Kinder unter der Armutsgrenze. In Rüsselsheim sind es deutlich mehr. Auch ihre Lebensbedingungen erleben in der Coronakrise, wie viele andere soziale Problemlagen, eine deutliche Verschlechterung. Die öffentliche Wahrnehmung des Problems ist aber vergleichsweise gering. Kinderarmut ist nicht „systemrelevant“, sie bleibt ein verdrängtes Thema.

Ein Leben in Armut bedeutet Einschränkungen in vielen Lebensbereichen: Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Bereits in „normalen“ Zeiten, fehlt oft das Geld für gesunde Ernährung, Sport im Verein, die Eintrittskarte ins Kino oder ins Schwimmbad. In der Coronapandemie entfallen auch noch die Angebote, die etwa durch den Rüsselsheim Pass kostengünstiger genutzt werden können.

Schulschließungen bringen auch den Wegfall des günstigen Mittagessens, sowie der institutionellen Lernförderung. Zu Hause fehlt die notwendige technische Ausstattung und viele Eltern sind überfordert,

wenn sie plötzlich Lehrkraft sein sollen. Es steigt der psychische Druck in zu kleinen Wohnungen. Niemand kann heute prognostizieren, wie viele junge Menschen durch die Coronakrise schwere Schäden erleiden.

Soforthilfen jetzt!

Ein breites Bündnis von 41 Gewerkschaften und Verbänden versucht seit Anfang des Jahres auf das Problem aufmerksam zu machen. Der Appell „Corona trifft Arme extra Hart – Soforthilfen jetzt!“ (<https://aktion.campact.de/corona-nothilfen/appell/teilnehmen>) kritisiert die von der Bundesregierung beschlossene Einmalzahlung von 150 Euro als viel zu niedrig. Das Sozialgericht Karlsruhe bestätigte, dass der Corona-Zuschuss zu niedrig und damit verfassungswidrig ist und außerdem zu spät kommt. Das Existenzminimum von Januar bis April dürfe nicht erst im Mai gesichert werden. Nötig sei eine Erhöhung des Regelsatzes um etwa 100 Euro für jeden Pandemienonat. Grundsätzlich müsse der Regelsatz für existenzsichernde Leistungen – so das Bündnis – auf mindestens 600 Euro angehoben werden.

Bernd Heyl



Entgeltgleichheit durch Tarifsysteme?

Schützen Tarifverträge vor ungleicher Bezahlung?

Dieser Frage gingen gemeinsam mit der gleichstellungspolitischen Wissenschaftlerin Dr. Andrea Jochmann-Döll die Teilnehmer*innen der diesjährigen Veranstaltung des Bündnisses „Gemeinsam gegen die Altersarmut von Frauen“ zum EqualPayDay nach.

Einer der Gründe der seit vielen Jahren stagnierenden Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von durchschnittlich 20 % ist die systematische Unterbewertung weiblicher Arbeit. Dieser Fakt – seit über 30 Jahren nicht nur von Gewerkschafterinnen¹ skandalisiert – wurde durch die Coronakrise offenkundig. Den als systemrelevant klassifizierten Berufen im Verkauf, im Reinigungswesen, in der Pflege oder im Sozial- und Erziehungsbereich ist der Frauenanteil von über 80 % gemeinsam. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie schlechter bezahlt werden als z.B. die ebenfalls als systemrelevant eingestuft aber eher männlich dominierten Berufe in der Finanz-, Versicherungs-, Energie- und Wasserwirtschaft². Wieso ist das so?

Hier gilt es einen Blick in die Tarifverträge zu richten und zu fragen, ob diese – wie so oft behauptet wird – tatsächlich vor ungleicher Bezahlung schützen? Ja, wenn es um gleiches Geld für gleiche Arbeit, aber nein –

wenn um die Bezahlung gleichwertiger Arbeit geht. Denn in entsprechenden Entgeltordnungen werden für unterschiedliche Berufsgruppen unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe angewandt. Wichtige Anforderungen an frauendominierte Berufe, wie Verantwortung für die Gesundheit und das Leben anderer, bewusst gesteuerte Umgangsformen wie gleichzeitiges Ausblenden eigener Gefühle, wie z.B. Trauer, Ansteckungsgefahr, erschwerte Kontaktbedingungen, Tragen von einschränkender Schutzkleidung, Planen und Organisieren, Einfühlungsvermögen suchen wir dort vergeblich. Hier muss sich in den Tarifverträgen etwas grundsätzlich ändern, um nachhaltig und strukturell die Arbeit der Beschäftigten in den frauendominierten Berufen aufzuwerten – auch über die Coronakrise hinaus.

Elke Möller, Bezirksfrauenrat ver.di Südhessen

1) Aufwertung Macht Geschichte, Heike Gumpert, Elke Möller, Barbara Stiegler <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12564.pdf>

2) „Neubewertung systemrelevanter Sektoren“, Malte Lübker, Aline Zucco, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung

Was auf den Tisch muss...

Zusammenstellung: Ingrid Reidt

- Gesetzliche Regelungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (mit Blick auf Kinderbetreuung und Pflege der Eltern)
- (Allgemeinverbindliche) Tarifbindung und -regelungen besonders in den „einschlägigen Branchen“ (z.B. Pflege, Handel)
- Förderung von Frauen für und in Leitungsfunktionen – in Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Kirche
- Es braucht geregelte, genderechte Arbeitsmodelle im Einzelhandel und Pflege
- Verbesserung der Kinderbetreuung/ Und: Verbesserte Weiter- und Ausbildungskonzepte für Frauen mit Kindern
- ACHTUNG: Durch Corona zeigt sich ein Rückschritt der Genderechtigkeit durch ungleiche Verteilung der Sorgearbeit/ Homeschooling etc. zu Lasten der Frauen
- Frauen sollen ihren Arbeitsumfang selbstbestimmt wählen und ausüben können: Derzeit zu viel gezwungene Teilzeit (Handel) oder Hemmnisse des Einstiegs durch gezwungene Vollzeit nach Elternzeit; fehlende Aufstiegschancen etc...
- Was wir wollen und brauchen: Stärkere branchenübergreifende Vernetzung von Frauen!
- Entlastung der Frauen von Vielfach-Verantwortung: Beruf/Erwerbsarbeit von Frauen heißt nicht, dass Frau dann alles andere (Sorgearbeit) auch noch machen! Bessere Verteilung der Arbeit.
- Abschaffung von Minijobs und prekären Lohnstrukturen – für bessere Lebens- und Altersabsicherung
- ...und noch vieles mehr!!!

1. Mai 2021 - Solidarität ist Zukunft

Der Tag der Arbeit steht auch in diesem Jahr im Zeichen der Corona-Pandemie. Und eines ist in diesen Zeiten wichtiger denn je: Zeigen, dass die Gewerkschaften für die Menschen in diesem Land aktiv sind. Die Idee der Solidarität ist uralte. Doch was macht solidarisches Handeln heute aus – vor allem jetzt, in der größten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg? Fakt ist: Nur mit Solidarität lässt sich ein Weg aus der aktuellen Situation finden.

1. Solidarisch ist: Massenentlassungen durch Kurzarbeitergeld verhindern!

Ohne Kurzarbeitergeld hätten wir wesentlich höhere Arbeitslosenzahlen. In vielen Branchen hat tarifpolitisch die Sicherung der Jobs höchste Priorität.

2. Solidarisch ist: Jobs und Firmen retten, Beschäftigung sichern!

3. Solidarisch ist: Mit Investitionen klotzen statt kleckern!

Kinderbonus, Zukunftsinvestitionen, Liquiditätshilfen für Unternehmen – viele unserer Forderungen sind in das milliardenschwere Konjunkturprogramm eingeflossen.

4. Solidarisch ist: Kohle statt Klatschen!

Vom Klatschen wird niemand satt. Die Kolleg*innen in der Alten- und Krankenpflege bekommen eine steuerfreie Sonderzahlung. Ein erster Schritt zu einer angemessenen Bezahlung dieser wichtigen Arbeit und eine längst fällige Anerkennung.

5. Solidarisch ist: Junge Menschen nicht im Stich lassen!

Für die Auszubildenden haben wir einen 500 Millionen Euro-Schutzschirm sowie Übernahmepremien für Firmen, die Auszubildende oder dual Studierende aus Insolvenzbetrieben übernehmen, durchgesetzt. Dazu kommen Ausbildungsprämien für Unternehmen, die das Ausbildungsniveau halten oder anheben.

6. Solidarisch ist: Mehr Unterstützung für Arbeitslose in der Krise!

Die Corona-Krise trifft Arbeitslose hart und die Jobsuche wird durch die Pandemie erheblich erschwert. Bis zum Jahresende 2020 wurde das Arbeitslosengeld drei Monate länger ausbezahlt.

7. Solidarisch ist: Finanzielle Hilfen im Stress-Hotspot Familie!

Homeoffice, Homeschooling und hoffen, dass der Job nicht der Pandemie zum Opfer fällt: Familien setzt die Krise sehr stark zu, hinzu kommen finanzielle Einbußen. Wer sein Kind zu Hause betreuen muss, kann verlängertes Kinderkrankengeld beziehen.

8. Solidarisch ist: Mehr Arbeitsschutz in Büro und Betrieb, Hilfe im Homeoffice!

Es gibt für Arbeitnehmer*innen in Büro und Betrieb neue und verbindliche Regeln für den Schutz vor einer Corona-Infektion. Abstände einhalten, Kontakte vermeiden, die Arbeitsumgebung dem Infektionsrisiko anpassen, ist nun klar geregelt. Die Steuerpauschale für Homeoffice bis zu 600 Euro für max. 120 Tage kann als abzugsfähige Werbungskosten angerechnet werden.

9. Solidarisch ist: Dauerhafte Ausweitung der Arbeitszeiten verhindern!

Die Arbeitszeitregelungen hätten die Arbeitgeber gerne dauerhaft gelockert. Aber die Gewerkschaften bleiben dran, damit die Arbeitnehmer*innen weiterhin gut durch die Krise kommen:

Gewerkschaft hilft – Tarifverträge schützen – Mitbestimmung wirkt!

Bernd Schiffer, Vorsitzender DGB-Ortsverband Rüsselsheim



Friedensschutz in Rüsselsheim am Main



Frieden stellt sich nicht von alleine ein, auch nicht für friedliebende Leute. Frieden in Konfliktsituationen und bei Interessengegensätzen zu halten, muss als konkretes Ziel bewusst sein und geübt werden. Aus diesem Grunde hatte Pfarrer Willi Göttert, der Sprecher der Rüsselsheimer Friedensinitiative (RFI), schon vor über 30 Jahren das Konzept der aktiven Verteidigung von Frieden in Kommunen entworfen und so zur Gründung von sogenannten Friedensschutzstädten aufgerufen.

Der Friedenstreff Rüsselsheim und Umgebung, der sich 2016 neu gründete, verfolgt weitgehend dieselben Ziele wie ehemals die RFI: gegen atomare Aufrüstung und atomare Teilhabe der BRD, gegen Aufrüstung und gewaltbasierte Konfliktlösungsversuche; aber für vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Gegnern sowie das bewusste Eintreten für zivile Konfliktlösungen. In diesem Sinne haben wir vom Friedenstreff Rüsselsheim und Umgebung seit dem Amtsantritt von Herrn Oberbürgermeister Bausch, des neuen Mayor for Peace, darauf hingearbeitet, dass die Stadt endlich die Stelle einer/eines „Friedensschutzbeauftragten“ schaffen solle. Diesbezüg-

lich besteht jedoch noch einiger inhaltlicher und finanzieller Klärungsbedarf.

Jetzt können wir mitteilen, dass seit dem 1.1.2021 Frau Sandner als zentrale Ansprechpartnerin für Friedensschutzthemen der Stadt im Rahmen ihrer Arbeit für die „Mayors for Peace“ benannt wurde. Inzwischen haben wir des Öfteren in unserem digitalen „Friedensschutzbüro“ getagt und erste Grundlagen für unsere Arbeit in der Stadt gelegt. Diese müssen im Weiteren auf breiterer Basis diskutiert werden, um in der Stadtgesellschaft an Wirksamkeit zu gewinnen. So haben wir ein Verzeichnis der für das friedenspolitische Gedächtnis der Stadt bedeutsamen Tage angelegt und zu mehreren Organisationen in Rüsselsheim Kontakt aufgenommen, die uns als Mitträger*innen unserer Friedensschutzarbeit wichtig erscheinen.

Allerdings ist die Liste der Friedensschutzaktivitäten nie vollständig oder abgeschlossen.

Außerdem können sich selbstverständlich auch interessierte Einzelpersonen in unsere Arbeit einbringen, am besten per E-Mail:

uta.sandner@ruesselsheim.de oder telefonisch: 06142 83-2050 Kontakt aufnehmen.

Wenn auch manches, wie die grundsätzliche Ausstattung der Friedensschutzarbeit, derzeit noch nicht geklärt ist: Der erste Schritt in die Richtung „Friedensschutzstadt Rüsselsheim am Main“ ist getan und das stimmt uns hoffnungsvoll!

Dieter Stork,
Mitarbeiter im Friedenstreff
Rüsselsheim und Umgebung

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, nicht der Profit



Seit vielen Jahren verbindet die Gewerkschaften CGIL Rimini, CGT Grand Est, CSDL San Marino und DGB Südhessen eine lebendige und aktive Partnerschaft. Auch und gerade in der Corona-Pandemie stehen die vier Partnergewerkschaften mit Videokonferenzen, Mail und Telefon in einem engen Austausch. Für den 1. Mai ist der Austausch von Grußbotschaften geplant. In einer gemeinsamen Resolution wird festgelegt:

„Um die Corona-Pandemie erfolgreich zu überwinden, sind europäisch-internationale Strategien unverzichtbar. Für die Lösung der großen Menschheitsprobleme brauchen wir nicht we-

Hoch der internationale freie Markt ?



Der attac-Artikel in der Maizeitung 2020 endete mit Grundsätzen der attac-Mitgliedsorganisation medico international für die globale Gesundheit:

- wichtig sind präventive und kurative, disziplinenübergreifende Ansätze,
- lokales bis globales Handeln müssen Hand in Hand gehen,
- Gesundheit ist als öffentliches universelles Gut zu betrachten, das nicht dem Profitstreben ausgeliefert werden darf.

Dass in der Coronakrise noch nicht einmal Kommunen, Länder und Bund Hand in Hand handeln ist leider offensichtlich. Dass in den letzten Jahrzehnten mit Krankenhaus-schließungen und Privatisierungen und dem Fallpauschalensystem (DRGs) präventive Ansätze vernachlässigt wurden, ist genauso evident. Von einer guten Vorsorge für den Fall einer Pandemie ganz zu schweigen. Und gerade die aktuellen Vorkommnisse bei den Corona-Impfkampagnen zeigen, dass große Teile des Gesundheitssystems dem Würgegriff des Profitstrebens ausgeliefert bleiben.

Auf öffentlich finanzierten Universitäten ausgebildete Menschen entwickeln auf Basis öffentlich finanzierter Grundlagenforschung, versehen mit öffentlichen Subventionen in Partnerschaft mit den großen Pharmakonzernen passende Impfstoffe und generieren dadurch Milliardenprofite.

Pandemie weltweit bekämpfen

Beim Rennen um Impfstoffe auf dem „freien Markt“ haben ärmere Länder keine Chance. Und damit bleiben die Menschen in diesen Ländern nicht nur durch die Lebensumstände für Krankheiten anfälliger. Sie haben auch geringere Chancen eine schützende Impfung zu erhalten. Für diesen „Rest“ der Weltbevölkerung außerhalb der EU, Nordamerikas, Chinas und Japans von gut 5 Milliarden Menschen gibt es zum Glück wenigstens die durch die WHO initiierte, von Impfallianz Gavi und UNICEF unterstützte Plattform Covax. Die sammelt von Staaten und anderen Institutionen Spenden zum Kauf und zur Verteilung von Corona-Impfstoffen. Deutschland hat sich daran bisher mit etwa 1,5 Mrd Euro beteiligt. Dass auch zu den höchsten Gefährdungsgruppen gehören-

de Menschen in Deutschland monatelang auf ihre Impfung warten müssen, ist allerdings nicht durch internationale Solidarität, sondern durch Pleiten, Pech und Pannen verursacht. Zwei Dinge kommen den Menschen im globalen Süden zu Hilfe. Zum einen die auch zu einigen Verantwortlichen in der „1. Welt“ vorgebrungene Erkenntnis, dass eine Pandemie nur dann in den Griff zu bekommen ist, wenn das weltweit geschieht. Und zum anderen die Konkurrenz der westlichen „Wertegemeinschaft“ mit China und Russland um weltweiten Einfluss. Denn die beiden „drohen“ mit kostengünstigen Lieferungen ihrer Impfstoffe. Zudem schiebt das von jahrzehntelangen Sanktionen und Blockaden gequälte kleine Kuba keine Militär- sondern Ärztebrigaden in andere arme aber auch von Covid 19 besonders betroffene Länder, wie z. B. Italien.

Kein Patentschutz für unersetzliche Medikamente

Ein wichtiger Schritt, um Gesundheit als öffentliches universelles Gut zu behandeln wird in der von medico initiierten Kampagne „Für die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente“ angegangen.

„Um Covid-19 tatsächlich erfolgreich entgegenzutreten zu können, müssen die Regierungen der Welt die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Forschung transparent erfolgt und medizinisches Wissen und seine Endprodukte als Gemeingut der Menschheit betrachtet werden. Dies ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, Medikamente zur Behandlung von Covid-19 und einen Impfstoff mit der gebotenen Sorgfalt zu entwickeln, flächendeckend zu produzieren und gerecht verteilen zu können.“

Die Forderung weist über die Covid-19-Pandemie hinaus. „Trotz des rasanten medizinischen Fortschritts und der Verfügbarkeit von Medikamenten zur Heilung bzw. Behandlung sterben jedes Jahr Millionen Menschen an Krankheiten wie Tuberkulose, Diabetes oder Malaria. Die WHO schätzt, dass ein Drittel aller Patient*innen weltweit aufgrund hoher Preise und anderer struktureller Hindernisse keinen Zugang zu dringend benötigten Medikamenten hat.“

Nähere Informationen unter <https://bukopharma.de/de/covid>

niger, sondern mehr Zusammenarbeit und Solidarität. Die Politik muss aus der Corona-Krise lernen und massiv in ein gut ausgestattetes, leistungsfähiges öffentliches Gesundheitswesen investieren. Superreiche und Konzerne, vor allem Digitalkonzerne wie Amazon, müssen endlich angemessen besteuert werden.

Nur so können Europa und seine Mitgliedsstaaten, die Regionen, Landkreise, Städte und Gemeinden die massiven sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auffangen und zugleich in wichtige Zukunftsaufgaben wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur und Klimaschutz investieren“.

CGIL, CGT, CSDL und DGB unterstreichen in ihrer Resolution die Notwendigkeit, die europäische Idee, die Demokratie und die Menschenwürde gegen den Angriff von rechts entschlossen zu verteidigen:

„Wir setzen uns für eine solidarische und soziale Gesellschaft und für eine Politik ein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt. Mensch und Umwelt müssen Vorrang haben vor Kapital- und Profitinteressen. Für die Durchsetzung des notwendigen Politikwechsels sind starke Gewerkschaften und breite soziale Bündnisse unverzichtbar.“

Horst Raupp, DGB Region Südhessen